



Présidence du Conseil d'Etat
Chancellerie - IVS

Präsidium des Staatsrates
Kanzlei - IVS

**CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS**

MEDIENMITTEILUNG

20. Juni 2017

Restrukturierung des Poststellennetzes Der Kanton Wallis bedauert den angekündigten Abbau der Poststellen

(IVS).- Die Walliser Regierung bedauert den erneut geplanten Abbau der Poststellen im Kanton Wallis, obwohl die Anzahl an Schliessungen im Anschluss an ein Treffen mit den Verantwortlichen der Schweizerischen Post eingeschränkt werden konnte. Der Staatsrat verlangt von der Post, Entlassungen zu vermeiden und zufriedenstellende Lösungen für jede geschlossene Poststelle anzubieten. Er erwartet ebenfalls, dass die kürzlich getroffenen Entscheide des Bundesparlaments beachtet werden.

Der Staatsrat hat mit grosser Besorgnis vom Projekt der Schweizerischen Post Kenntnis genommen, das im Wallis bis 2020 den Weiterbestand von lediglich 25 anstatt der heute offenen 75 Poststellen vorsah.

Während einem kürzlichen Treffen wurde von den Vertretern der Schweizerischen Post verlangt, ihren Standpunkt, der auf grosses Unverständnis stiess, zu überdenken. Im Anschluss an diese Sitzung wurde die Anzahl an aufrechterhaltenen Poststellen nach oben korrigiert. Die Schweizerische Post hat sich verpflichtet, 43 traditionelle Poststellen bis mindestens 2020 beizubehalten. Für den Staatsrat ist zudem klar, dass die Sicherstellung der Qualität des Service Public eng mit zufriedenstellenden Lösungen für jede abgebaute Poststelle zusammen hängt. Unter anderem müssen topografische Verhältnisse berücksichtigt werden, um weiterhin der gesamten Bevölkerung den Zugang zu den Postdienstleistungen zu garantieren.

Der Staatsrat hat der Schweizerischen Post ebenfalls sein Bedauern in Hinsicht auf den Verlust von Arbeitsplätzen im Wallis mitgeteilt. Er verlangt diesbezüglich von der Direktion der Schweizerischen Post, Entlassungen zu vermeiden.

Der Staatsrat hat die Direktion der Schweizerischen Post bereits mehrmals auf die Erhaltung der Qualität des Poststellennetzes hingewiesen und sein Unverständnis gegenüber der Beschleunigung des Umbaus der Poststellen im Wallis zum Ausdruck gebracht. Die Regierung erwartet, dass die wirtschaftlichen und touristischen Interessen in den Bergregionen vermehrt berücksichtigt werden.

Er erwartet schlussendlich von der Schweizerischen Post, dass sie die laufenden Diskussionen im Bundesparlament betreffend die Zukunft des Poststellennetzes beachtet und die damit zusammenhängende politischen Entscheide respektiert.

Kontaktperson

Christophe Darbellay, Chef des Departements für Volkswirtschaft und Bildung (DVB) – 027 606 40 00

